

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glaserien, für Gipser, Puzer, Stukkateure, Asphalteure, Isolierer, Kiesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinhölzer und TerraZZoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags, mittags	Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 Mk. Bei größeren Abschüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 Mk., Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 s.
--	--	--

Mitglieder des Baugewerksbundes! Ein Schiedspruch ist für das Baugewerbe gefällt worden, der geradezu eine Verhöhnung der Bauarbeiter darstellt! Eure Vertrauenspersonen haben diesen Schiedspruch einmütig abgelehnt! Der Kampf geht also weiter! Jetzt heißt es, alle Kräfte anzuspannen, um diesen Kampf zu einem gedeihlichen Ende zu bringen! Der Bundesbeirat hat deshalb beschlossen, daß die besonderen Kampfbeiträge noch auf längere Zeit hinaus gezahlt werden müssen! Das ist notwendig, davon hängt in großem Maße der gute Ausgang dieses Kampfes ab. Seid auch ferner opferbereit! Es geht um Gedeih oder Verderb unseres Bundes!

Der Kampf im Deutschen Baugewerbe geht weiter!

Außerordentliche Beiratskonferenz. — Der Berliner Schiedspruch und seine Ablehnung. — Generalausperrung im Baugewerbe? — Verstärkte Kampfmaßnahmen.

Die Würfel sind gefallen! Ein Schiedspruch über die Lohnhöhen der Bauarbeiter in den Aussperrungs- und Streikorten ist vom Berliner Schiedsgericht gefällt worden, der geradezu eine Verhöhnung der Bauarbeiterschaft darstellt! Mit diesem Monstrum von Schiedspruch wollen wir diesen Kampf nicht belassen. Wir bringen ihn als Kuriosum an anderer Stelle. Nur so viel sei hier gesagt: Er ist für keinen der Kampfbezirke oder Kampforte annehmbar. Den Facharbeitern einige Pfennige Zulage, den Hilfs- und Tiefbauarbeitern fast überall nichts. Darüber berichtete Kollege Paepfow am 18. August in einer schnell nach Berlin berufenen Beiratsstgung. Vom Bundesvorstand waren nur einige Kollegen anwesend. Paepfow teilte dem Beirat mit, der Bundesvorstand habe beschlossen, dem Beirat die Annahme des Schiedspruchs nicht zu empfehlen. Anschließend besprach er die dann entstehende Kampfplage. Werde der Schiedspruch von beiden Seiten angenommen, dann solle überall spätestens am 24. August die Arbeit aufgenommen werden. Anschließend solle dann über einen Reichsarbeitvertrag verhandelt werden. Da der Schiedspruch jedoch jedenfalls unsererseits abgelehnt wird, so werde es

will den von den Gewerkschaften geforderten Lohn gar nicht haben." Ja, Herr Berger, waren denn die Leute, die in den Versammlungen in Cassel, Karlsruhe, Dresden usw. zu Ihrem famosen Schiedspruch Stellung genommen und ihn einmütig abgelehnt haben, keine Arbeiter?
Doch genug davon. Der Beirat unseres Bundes hat diesem Schiedspruch, der auch nicht im geringsten die schon gefällten Schiedsprüche der Landesämter beachtet hat, ja teilweise sogar unter schon geschiedene Unternehmerangebote heruntergegangen ist, einstimmig abgelehnt. Dies geschah durch die Annahme nachstehender Entschließung:

zur Generalausperrung durch die Unternehmer

kommen. Dazu seien heute bei Ablehnung des Schiedspruchs besondere Maßnahmen zu beraten.

Dann sprachen die Bezirksvertreter. Keine Stimme erhob sich für die Annahme des Schiedspruchs. Wo die Kollegen in den Streik- und Aussperrungs-orten bereits zu dem Schiedspruch Stellung genommen, haben sie ihn einmütig abgelehnt. Besonders interessant waren die Mitteilungen über einzelne Vorgänge und Aussprüche in dieser denkwürdigen Schiedsgerichtsstgung. Ein vollkommen unfähiger Vorsitzender, der zunächst großes Gewicht auf die Festsetzung seiner besonderen Bezüge für seine Mäherwaltung legte; er beruhigte sich, als ihm ein Unternehmervertreter sagte, beim Baugewerbe sei noch kein Schlichter zu kurz gekommen. Und dann die Verhandlungen selbst! Durch dick und dünn ging dieser „unparteiische“ Vorsitzende mit den Unternehmervertretern! Die Einwände der Arbeitervertreter waren ihm Gehuba, die der Unternehmervertreter göttliche Offenbarung! Fast hatte es den Anschein, als ob seit Wochen unsichtbare Fäden geschlungen seien zwischen Reichsarbeitsministerium und Industrievertretern. Alles wohl präpariert. Stimmungsverhältnis stets 5 zu 4. Und dann die Redeblüten der diversen Unternehmervertreter! So ritten die Herren wieder einmal die alte Schindmähre, dieser Klappst läge nur „im Interesse der Allgemeinheit“, obwohl es sich bei diesem Kampf nur um eine brutale Niederknüttelung schon in Kraft gewesener Arbeitsvereinbarungen und auskömmlicher Arbeiterlöhne handelt. Ausführungen der Arbeitervertreter über Baustoffwucher und Baupreisüberfekerung wurden als nicht zur Sache gehörig bezeichnet. Syndikus Berger fand sogar Worte der Verteidigung für den Baustoffwucher. Man rede immer davon, vergesse aber dabei die „hohen“ Steuern. Ja, hohe Steuern. Die Arbeiter gäßen ja wohl keine hohen Steuern. Falls wir nicht irren, tragen sie alle in zum kürzlich gescheneen Steuerraubzug im Reichstag zu den 7 Milliarden Steuern 5 Milliarden bei. Doch so etwas irritiert ein Unternehmernemut nicht. Auch nicht die Wucherzölle. Das sind keine Gründe für Lohnherhöhungen. Im Gegenteil: die Löhne sind „überfeker“. Und Syndikus Winkels vom Tiefbauunternehmerverband sagt es: „Anstatt 30 % Lohnherhöhung wollen wir 30 % Lohnabbau. Die Tiefbauarbeiter in Sachsen-Anhalt würden schon morgen die Arbeit zum alten Lohn wieder aufnehmen, wenn sie nur könnten.“ Und dann der geradezu klassische Gleichheitsanspruch Dr. Kaisers: „Wenn ein wild-gemordenes Gewerbe aus der Reihe tanzt, dann muß es zur Vernunft gebracht werden.“ Unter „Gewerbe“ versteht sonst das Unternehmertum sich allein. Wäre es in diesem Sinne gemeint, wir könnten Herrn Kaiser nur aus vollem Herzen zustimmen. Noch ein Zitat aus einer Rede des Syndikus Berger: „Der Arbeiter

Der am 18. August in Berlin tagende Beirat des Baugewerksbundes nimmt Kenntnis, von dem am 14. August gefällten Schiedspruch über die Streiks und Aussperrungen in mehreren Bezirken des Deutschen Reiches.

Nach eingehender Beratung kommt der Beirat zu dem Beschluß, daß er den in Frage kommenden Bezirken die Annahme des Schiedspruchs nicht empfehlen kann, sondern daß er im Gegenteil die Ablehnung für geboten erachtet. Da inzwischen bekannt geworden ist, daß die Mitgliedschaften des Baugewerksbundes in Berlin, Sachsen, Mecklenburg und Baden den Schiedspruch abgelehnt haben, besteht in den maßgebenden Kreisen des Baugewerksbundes Einstimmigkeit über die Beiverkung des Spruchs.

Wir wissen, was nun folgen wird. Die Generalausperrung. Denn die Herren gehen aufs Ganze. Das Scharfmachertum läßt nicht nach. Deshalb beschloß unser Bundesbeirat die nachstehenden außerordentlichen Kampfmaßnahmen:

1. Die wöchentlichen besonderen Kampfbeiträge von 2 bis 6 Mk bleiben bis auf weiteres bestehen.
2. In allen neuen Aussperrungs- und Streikfällen haben die davon Betroffenen die erste Woche ohne Unterstützung zu kämpfen.
3. Wird die Aussperrung nach der Androhung des Unternehmerverbandes erweitert, so wird die satzungsgemäße Unterstützung um ein Drittel gekürzt; Pfennigbrutteile werden nach oben auf 5 oder 10 abgerundet. Das Kinder-geld mit 20 s je Tag bleibt bestehen.
4. Die Unterstützung wird von Montag, den 24. August, an gleichmäßig nach dem Beitrag im ersten Quartal berechnet.
5. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, falls er das für nötig hält, kurzfristig einen außerordentlichen Bundesstag einzuberufen.

Dies die Beschlüsse. Mit ihrer Hilfe werden wir auch der angebotenen Generalausperrung standhalten. Doch nur dann, wenn alle unsere Mitglieder ihre Schuldbigkeit tun. Kollegen des Baugewerksbundes! Auf diesen Schiedspruch konnte es keine andere Antwort als die Ablehnung geben. Der Beirat hat — dies sehen wir voraus! — in Eurem Sinne gehandelt. Nun heißt es: Alle Mann an Deck! Verteidigt Euer Menschenrecht, das Euch wild-gemordene Unternehmer rauben wollen! Wehrt Euch gegen eine Vergewaltigung, die das ausgesprochene Ziel hat, auf Jahre hinaus Eure Löhne zu drücken, Euch jedes bißchen Recht auf ein erträgliches Leben zu nehmen! Macht alle verfügbaren Kräfte mobil in diesem Kampfe! Denkt nicht an Hilfe durch andere! Gewiß, auch der ADGB steht in diesem Kampfe auf unserer Seite, er will uns in diesem Kampfe tatkräftig — und nicht nur durch Sympathieerklärungen — unterstützen. Aber

zunächst und vor allem die eigene Kraft!

Hier steht alles für uns auf dem Spiel. Begreift den Ernst der Lage! Wegen uns stehen nicht nur die Bauunternehmer, gegen uns steht auch die gesamte Schwerindustrie mit dem Reichsarbeitsministerium. Jetzt gilt es mit verdoppeltem Mut zu kämpfen, mit verstärkter Ausdauer standzuhalten! Kein Nachgeben, bis Euch Euer Menschenrecht wird, bis dieser unmögliche Schiedspruch im Nichts zerfallen ist!

Das Unternehmertum Deutschlands spielt ein gemagtes Spiel. Ueberall flackern schwere Arbeitskämpfe auf. Ueberall wollen die wildgewordenen Unternehmer unter der Parole „Bereichert Euch“ dem Arbeiter die Faust aufs Auge drücken. Ungeachtet bedeutend erhöhter Steuern, ungeachtet der im Reichstag angenommenen Lebensverwehrenden Lohnerhöhungen, ungeachtet der so schon aufs äußerste gedrückten Lebenslage der Arbeiterschichten, wodurch die Wirtschaftskrise verewigt wird, wollen sie den Arbeitern quälend lange Tagesfron aufzwingen, in dem Irnwahn, mit solchen ausgepörrten Menschen die Produktion heben zu können! Ungeachtet der steigenden Feuerungstendenz wollen sie die Hungerslöhne der Arbeiterschaft noch weiter herunterdrücken.

Das heißt chinesische Arbeitsverhältnisse nach Deutschland verpflanzen. Dämmert manchen dieser Scharfmacher nicht auf, daß sie angesichts solcher Bestrebungen auf einem Vulkan stehen, der sie eines Tages mit samt ihren Verewaltigungsabsichten verschlingen könnte? Gewiß, der deutsche Michel ist geduldig, er nimmt vieles auf den geduldeten Nöcken. Man hüte sich jedoch, diese Geduld zu überschätzen. Jedenfalls würde sich das deutsche Arbeitervolk chinesisches Zustände nicht gefallen lassen. Der Reichsregierung aber sei zurufen:

Videant consules!
Sehet zu, daß der Staat keinen Schaden erleide!

Ein unmöglicher Schiedsspruch.

Schon aus der vorigen Nummer des „Grundstein“ haben unsere Bundesmitglieder erfahren, daß das Reichsarbeitsministerium den Versuch unternommen hat, die im Baugewerbe ausgebrochenen Kämpfe beizulegen. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Herr Lewes, brachte am 10. August sozusagen als Zwangsergebnis folgenden, dem Inhalt nach ebenfalls im vorigen „Grundstein“ bekanntgegebenen Vergleich zustande:

1. Vom Mittwoch, 12. August, an tagt im Reichsarbeitsministerium in Berlin zur Beilegung der bezirkslichen Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe eine vereinbarte Schlichtungsstelle. Die Stelle wird zusammengesetzt aus je 4 Beisitzern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und aus einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium ernannt. — Das Schlichtungsbereichen soll sich auf folgende Bezirke erstrecken: Am Mittwoch, 12., wird für Provinz Sachsen nebst Anhalt und Magdeburg sowie Freistaat Sachsen und Mecklenburg, am Donnerstag, 13., für Groß-Berlin, Baden und Mannheim sowie Caesfeld verhandelt. — Für die Bezirke ist ein Gesamtschiedsspruch abzugeben. Der Schiedsspruch kann nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. — Im Falle der Annahme des Schiedsspruches durch beide Parteien soll dieselbe vereinbarte Schlichtungsstelle auf Antrag einer Partei auch für die bis zum 31. Oktober freitragenden bezirkslichen Lohnabkommen in gleicher Weise tätig werden, sofern in den Bezirken eine Einigung nicht erzielt wird. — Die Erklärungsfrist über den zu fallenden Schiedsspruch soll spätestens auf Dienstag, 18. August, abends 6 Uhr, festgelegt werden. Bis zu diesem Termin stellt die Arbeitgeberseite ihre angelegentlichsten Kampfmassnahmen zurück.

2. Unmittelbar nach Annahme des Schiedsspruches für die namentlich aufgeführten Bezirke werden die Verhandlungen über die freitragenden Kantalarbeitfragen aufgenommen.

Am 14. August hat das Schiedsgericht folgende Entscheidung getroffen:

Schiedsspruch zur Beendigung der Lohnkämpfe im Baugewerbe.

Berlin, den 12., 13., 14. August 1925.
In Ausführung der Vereinbarung vom 10. August 1925 trat das von den Tarifparteien vereinbarte Schiedsgericht zusammen. Es nahmen daran teil: Kammergerichtsrat Hansmann als Obmann; Tiefbauunternehmer Walter Fiegler (Berlin), Baumeister Gruppe (Stahlfurt), Regierungsbaumeister Bög (Berlin) und Baumeister Romaner (Weipzig) als Beisitzer der Arbeitgeber; Gewerkschaftsbeamter Hermann Seiber (Weipzig) (Berlin), Gewerkschaftsbeamter Heinrich Göt (Gamburg), Gewerkschaftsbeamter Max Galle (Berlin) und Gewerkschaftsbeamter Otto Krauß (Berlin) als Beisitzer der Arbeitnehmer.

Es wurde folgender Schiedsspruch gefaßt:

- 1. Für die nachstehenden Lohngebiete werden folgende Spitzenlöhne festgelegt:
 - a) Provinz Sachsen und Anhalt:
 - Magdeburg ... Facharbeiter ... 1,03 M. Bauhilfsarbeiter ... -90 Facharbeiter ... 1,01 Tiefbauarbeiter ... -73
 - Halle a. d. S. ... Bauhilfsarbeiter ... -88 Facharbeiter ... -72 Tiefbauarbeiter ... -72
 - b) Freistaat Sachsen ... Facharbeiter ... 1,10 Bauhilfsarbeiter ... -92 Facharbeiter ... -88 Tiefbauarbeiter ... -88
 - c) Mecklenburg ... Facharbeiter ... -67 Bauhilfsarbeiter ... -82
 - d) Berlin ... Facharbeiter ... 1,20 Bauhilfsarbeiter ... -92 Facharbeiter ... -74 Tiefbauarbeiter ... 1,05 Bauhilfsarbeiter ... -85 Tiefbauarbeiter ... -85
 - e) Cassel ... Facharbeiter ... 1,10 Bauhilfsarbeiter ... -85 Tiefbauarbeiter ... -85
 - f) Baden:
 - Unterbaden ... Facharbeiter ... 1,13 Bauhilfsarbeiter ... -89 Tiefbauarbeiter ... -89
 - Oberbaden ... Facharbeiter ... 1,10 Bauhilfsarbeiter ... -85 Tiefbauarbeiter ... -85

* Einschließlich Werkvertruga.

2. Soweit die Veränderung der Ortsklassen noch freitragend bleibt, bleibt die Veränderung der Tarifklassen überlassen. Bis dahin gilt der bisherige prozentuale Bestand.

3. In denjenigen Lohnbezirken, in denen bisher durch Tarif, Vereinbarung oder Schiedsspruch die Bezüge der Beschlagnahmestellen festgelegt sind, verbleibt es bei dem bisherigen Brauch.

4. Bis zur anderweitigen bezirkslichen Regelung des Werkzeuggeldes oder sonstiger besonderer Entschädigungen bleibt der bisherige Zustand bestehen.

5. Diese Lohnregelung gilt bis zum 30. November 1925.

6. Spätestens bis Montag, 24. August 1925, nach beiderseitiger Annahmeerklärung haben die bezirkslichen Parteien die Kampfmaßnahmen aufzugeben. Weitergehende Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

7. Die Erklärungsfrist läuft bis 19. August 1925, nachmittags 4 Uhr.

Walter Fiegler. Gruppe. Seiber. Göt. Krauß. Galle. Otto Krauß. Heinrich Göt. Hansmann. Hansmann. Hansmann.

Lohnübersicht in den Kampfgemeinden (Spitzenlöhne). Stundenlöhne in Pfennigen.

Kampfgemeinde	Vor dem Kampf			Forderung			Schiedsspruch		
	M	H	T	M	H	T	M	H	T
Berlin	115	90	72	150	138	135	120	92	74
Unterbaden: Mannheim	110	89	89	125	112 1/2	112 1/2	130	94	74
							113	89	89
							(122)	(104)	(104)
Oberbaden, Mittelsachsen, Karlsruhe, Pforz, Freiburg, Bruch, Freistaat Sachsen:							110	85	85
Weipzig	102	92	88	130	105	105	110	92	88
Dresden	100	90	86	120	105	105	108	90	86
Sachsen-Anhalt:									
Magdeburg	100	90	78	115	101	95	103	90	73
Halle	98	88	72	115	101	95	101	88	72
Mecklenburg	90	80	65	110	103	98	95	82	67
Cassel	100	85	85	115	105	105	105	85	85
							(105)	(90)	(90)

Für den Freistaat Sachsen enthielt vorstehende Uebersicht nicht die ursprünglichen, sondern die anlässlich einer Preisprüfung vor dem Schlichter am 22. Juli reduzierten Forderungen. Die in Klammern gegebenen Abzüge in den letzten 3 Spalten sind für Berlin, Baden und Cassel die Abzüge des Berliner beziehungsweise badischen oder casseler Schiedsspruches. Der Zentrumschiedsspruch heute die in jenem drei Schiedssprüchen festgesetzten Stundenlöhne bis zu 15 s ab. In Ober- und Mittelsachsen hatte sogar der Arbeitgeberbund durch Diktat vom 4. Juni dieses Jahres die Hilfsarbeiter- und Tiefbauarbeiterlöhne bereits von 85 auf 88 s festgesetzt. Der Zentrumschiedsspruch für den Bauführer- und Tiefbauarbeiterlohn, also sogar die bereits vor mehr als 2 Monaten von den Unternehmern „freiwillig“ gewährte Lohnerhöhung. Auf die Abzüge, die vor Beginn des Kampfes gefaßt wurden, bringt der Schiedsspruch eine Erhöhung für Maurer um 3 bis 8 s (Baden und Sachsen-Anhalt 3 s, Berlin, Cassel und Mecklenburg 5 s, Freistaat Sachsen 8 s), für Hilfs- und Tiefbauarbeiter nur in Mecklenburg und Berlin um 2 s. In allen anderen Bezirken sollen die Hilfs- und Tiefbauarbeiter leer ausgehen. Außerdem gibt der Schiedsspruch den Unternehmern Anfang Dezember die Möglichkeit, die Löhne willkürlich festzusetzen.

Der Bundesausschuß des ADGB zur Lage.

Am 12. und 13. August war der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin zu einer außerordentlichen Tagung versammelt, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Eggert vom Bundesvorstand eröffnete die Beratung durch ein Referat. Die Offensivtät des Unternehmertums gegen Löhne und Arbeitszeit und der im Werte mit der Reichsregierung unternommene Versuch, die Gewinnquote von Industrie und Landwirtschaft auf dem Wege der Gesetzgebung, ohne Rücksicht auf den Verbraucher, insbesondere auf die Arbeiterschaft, zu erhöhen, das alles muß eine weitere Verschärfung der Kampfmaßnahmen der Folge haben. Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus der entschlossene und mit geteigertem Nachdruck fortgeführte Kampf um die Goldlohnhöhe. In diesem Kampfe waren die Gewerkschaften auf ihre eigene Kraft angewiesen. Sie werden auch in Zukunft von dieser Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Sie werden auch die bevorstehenden, verschärften Kämpfe unter dem geschlossenen Einsatz ihrer eigenen Mittel führen müssen und allein die soziale Lage der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft zum ausschließlichen Ausgangspunkt ihrer Politik machen. Dieser ihrer dringlichsten Pflicht können sie nur durch eine durchgreifende Lohnpolitik, nicht durch fruchtlose Verhandlungen über Preisherabsetzungen, genügen. Gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate werden sie alles daransetzen, ihr Willkürbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen, an denen sie unentbehrlich festhalten, gegen den Widerstand der Regierung und des Unternehmertums festzusetzen und auszuüben. — Der Bundesausschuß hat die einstimmige Auffassung der Gewerkschaften in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt:

„Die jegliche wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ist gekennzeichnet durch das hemmungslose Streben großer Teile des Unternehmertums in Handel, Industrie und Landwirtschaft, ihre Gewinne nicht nur im Wege des wirtschaftlichen Kampfes, sondern auch im Wege der Gesetzgebung in eigenmächtiger Weise zu steigern, unbekümmert um die dadurch bedingte Schädigung der ohnehin unangünstigen Lebenshaltung der Arbeiterklasse. — Diese wirtschaftspolitische Situation wird grell beleuchtet durch die Denkschriften des Unternehmertums an die Regierung, durch Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schiedssprüche, durch Missverständigungen von Ar-

beitern zum Zwecke des Lohnrückgangs, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Achtfundentag, auf die soziale Gesetzgebung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungenschaften der Arbeiter und durch die vom Unternehmertum des Baugewerbes angebotene Generalausperrung der gesamten Bauarbeiterschaft; ferner durch die ungenügende Erhöhung des steuerfreien Lohns- und Gehaltssteiles, durch die gesetzliche Erhöhung der Wohnungsmieten, vor allem aber durch die Verhandlung der Zollvorlage im Reichstag. — Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichstangler Dr. Rathge und die jegliche Regierung das gewinnfüchtige und eigenmächtige Nachstreben des Unternehmertums. Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Geringschätzung der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissenschaftler, die Nichtbeachtung der Notrufe und Proteste der Arbeiterschaft, die Einstellung der amtlichen Schlichtungsstellen, die vielfach in der einseitigen Weise nur die Unternehmervünsche berücksichtigen —, das alles zeigt, wie sehr die jegliche Regierung in den Kurs des Unternehmertums eingeschwenkt ist. — Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiterschaft unentraglich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohnungsmiete trifft besonders schwer die unemittelte Bevölkerung der Kleinwohnungen. Die Heraushebung des steuerfreien Einkommens von 60 M auf 80 M, die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 % bringen keine Erleichterung; denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Geschäftsmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushaltes bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation. — Indem der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Tatsache feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichen Wirtschaftskämpfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern.“

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage hat der Bundesausschuß auch beraten über den Stand der Kämpfe im Baugewerbe.

Die von den Unternehmern vor allem in der Wäpzig geföhrt werden, die Arbeitszeit während des Sommers auf 8 Stunden zu verlängern. Dieser Kampf kann von grundsätzlicher Bedeutung werden, auch für die Arbeiter in den übrigen Bezirken. Infolge dessen hat der Bundesausschuß die Solidarität der Gewerkschaften und der Bauunternehmer in den angrenzenden Kampfmassnahmen der Bauunternehmer in der nächsten Woche, außerdem die gegenwärtige Entscheidung zur Liehung zum Ausbruch gebracht:

„Die baugewerbliche Arbeiterschaft steht zu vielen Bekundenden im Kampfe um die Durchführung einer menschenswürdigsten Lebenshaltung, insbesondere aber gegen die von dem Unternehmertum geforderte Verlängerung der Arbeitszeit. Die baugewerbliche Arbeiterschaft führt den Vorwurf um die Aufrechterhaltung des Achtfundentages, und sie hat diese Stellung bisher in fast allen Bezirken des Reiches halten können. Nun will der Unternehmerbund des Baugewerbes, gebräut und gestützt von den Industrielken, zum Großkampf übergehen. Der Unternehmerbund droht mit der Aussperrung aller Bauarbeiter im ganzen Reich, wenn nicht die Bauarbeiterverbände die bestehenden Streiks aufheben und die Arbeiter bedingungslos zur Arbeit zurückführen. Das Ziel des Unternehmerbundes ist, die Bauarbeiterverbände zum Wöschluß eines Reichstarifvertrages zu zwingen, in dem die Arbeiterverbände auf den Achtfundentag, auf Ferien und auf weitere Lohnerhöhungen verzichten und sich mit sonstigen Verschlechterungen gegenüber dem früheren Reichstarifvertrag einverstanden erklären.“

Der Bundesausschuß nimmt Kenntnis von dem Stand der Dinge und spricht der baugewerblichen Arbeiterschaft und den führenden Organisationen seine vollste Sympathie aus. Sollen die der Bauarbeiterchaft aufzuzwingenden Kämpfe von dem dem ADGB angehörenden Bauarbeiterverbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB bereit, zur Unterstützung der Kämpfenden Arbeiter nach bester Möglichkeit beizutragen. Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und durchzuführen.“

Zur Organisationsfrage hatte der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, wonach der Gewerkschaftskongress erneut auf die Notwendigkeit hinweisen soll, daß die dem Bunde angehörigsten benachbarten Berufsorganisationen zum Zwecke angelegentlichster Vertiefung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinfachung der gesamten Organisation sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen sollen. Gemäß dieser Entschließung soll der Kongress den Bundesvorstand beauftragen, auf Grund der neuen Stellung, die der Kongress zu beschließen haben wird, die Industriearbeiterschaft nach Möglichkeit zu fördern. Die Entschließung faßt außerdem eine Reihe von Vorschriften der Bundesführung nach einmal zusammen, wodurch die dem Bunde angehörenden Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der Grundsätze aufgefordert werden, die für das Vorgehen bei gemeinsamen Lohnverhandlungen maßgebend sein sollen. Endlich wird in der Entschließung betont, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industriegewerkschaften die stärkste Konzentration der deutschen

Gewerkschaften in der Geschlossenheit und starken Macht des...

Zum zwölften Gewerkschaftskongress.

Am 31. August treten in Breslau, Schlesien Hauptstadt, die Vertreter der deutschen freien Gewerkschaften...

für die beste und will nicht mitmachen bei der Umstellung zu...

Werbeversammlungen Der in Nr. 34 des 'Grundstein' angezeigte Werbeplan kann wegen der gegenwärtigen Kampflage noch nicht durchgeführt werden. Die Versammlungen sind zunächst um einen Monat aufgeschoben worden.

Jahres 1923 in tatkräftigem Neuaufbau und Wiederaufbau ihrer Organisationseinrichtungen begriffen sind.

Machen sich auf diese Weise auf den Verbandstagen die Wirkungen der besseren Wirtschaftsverhältnisse bemerkbar, so warf andererseits der kommende Gewerkschaftskongress schon seine Schatten voraus.

Der Verbandstag der Lebensmittel- und Getreidearbeiter nahm zur Frage der Organisationsform eine Entscheidung an, worin es unter anderem heißt: 'Der 22. Verbandstag des Lebensmittel- und Getreidearbeiterverbandes steht nach wie vor auf dem Standpunkt einer Industrieorganisation und erwartet vom Gewerkschaftskongress eine strenge Abgrenzung der Industrieorganisationen...'

Der Verbandstag des deutschen Eisenbahnerverbandes war besonders bedeutungsvoll. Einmal wegen der Reparaturbeschäftigung der Eisenbahnen und der damit im Zusammenhang stehenden Umänderungen des Eisenbahnwesens.

Der Verbandstag der Lederarbeiter sprach sich für die Beibehaltung des jetzigen Organisationsystems aus, weil bei Durchführung des Rhythmanthens Planes die jetzigen Organisationen der Heizer, Maler, Fabrikarbeiter und Sattler vollständig auseinandergerissen würden.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter brachte zum Ausdruck, daß der Fabrikarbeiterverband bereit sei, über die Zugehörigkeit einzelner Teile der Mitgliedschaft zu verhandeln, daß er aber unter keinen Umständen den Verband zerreißen oder gar aufteilen lassen wollte.

Ein gänglich ablehnende Haltung gegenüber den Industrieorganisationen nahm der Verbandstag der Maler ein. In einer Entscheidung machte er den Vertretern des Verbandes auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zur Pflicht, daß sie jedem Versuch, das Selbstbestimmungsrecht der bestehenden Verbände über die ihnen am geeignetsten erscheinende Form ihrer Organisation anzutasten, auf das entschiedenste entgegenzutreten, sich

der Umstellung zu Industrieorganisationen zustimmen. Auch ein paar Gewerkschaftsführer bekannteren Namens halten an den 'liebgehabten' Formen fest.

Alle diese veränderten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse werden dem Breslauer Gewerkschaftskongress ein ganz anderes Aussehen geben als seine Vorgänger. Das geht schon aus der Tagesordnung hervor.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland galt bis vor dem Krieg als vorbildlich in der Welt. 'Vorbildlich' natürlich mit dem nötigen Körnchen Salz gemischt. Das heißt also, daß Deutschland unter den Staaten unseres privatkapitalistischen Erbbaues in der Sozialgesetzgebung die erste Stelle in der Welt einnahm, daß seine Sozialgesetzgebung selbstverständlich vom kapitalistischen Geist durchsetzt war.

Ein sehr wichtiger Punkt ist die Organisationsfrage. In ihr nehmen wir als Baugewerksbinder besonderen Anteil. Der Streit um die beste Organisationsform reicht viele Jahre zurück. Es gibt aber auch heute noch Verbände, die auf durchaus beschränkter Grundlage stehen. Auch im Baugewerbe. Der Ausgangspunkt der Entwicklung des Baugewerksbundes reicht mehr als 16 Jahre zurück.

Verbandsfrage freier Gewerkschaften. Eine ganze Reihe größerer und kleinerer Gewerkschaften hat in diesem Jahre zum erstenmal seit der Währungsstabilisierung und den damit verbundenen Gesundungsmöglichkeiten ihre Verbandstagen abgehalten. Erwähnenswert sind die Verbandstage der Fleischer, der Steinarbeiter, der Lebensmittel- und Getreidearbeiter, der Eisenbahner, der Friseurgehilfen, der Sattler, der Maler, der graphischen Hilfsarbeiter, der Gutarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Buchbinder. Zum Teil waren diese Verbandstage zugleich Jubiläumstagen. So bei den Malern, deren Verbandstag in Dresden stattfand, wo vor 40 Jahren der Malerverband gegründet wurde.

der Umstellung zu Industrieorganisationen zustimmen. Auch ein paar Gewerkschaftsführer bekannteren Namens halten an den 'liebgehabten' Formen fest. Unter solchen Umständen ist leider eine durchgreifende Umstellung der Gewerkschaften noch nicht zu erwarten. Die dem Kongress vom Bundesvorstand des I.D.G.W. unterbreitete Entscheidung bringt deshalb auch nur zum Ausdruck, daß es Aufgabe des I.D.G.W. sein muß, die Industrieorganisationen nach Möglichkeit zu fördern, daneben aber durch Stärkung der Einzelverbände die Macht und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften — vereint im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund — zu stärken. Damit wären wir in der Organisationsfrage zwar nicht viel weiter gekommen; aber die Entscheidung ist doch etwas mehr als der gegenwärtige Zustand. Einigt sich der Kongress auf diese Entscheidung und überweist er dem Bundesvorstand die weitergehenden Wünsche und Anträge als Interlage für die weitere Arbeit, so ist damit der Weg zu einer Organisationsform eröffnet, die den neuen Anforderungen entspricht. In den Gewerkschaftsmitgliedern liegt es, sie zu schaffen.

Die Entscheidung ist doch etwas mehr als der gegenwärtige Zustand. Einigt sich der Kongress auf diese Entscheidung und überweist er dem Bundesvorstand die weitergehenden Wünsche und Anträge als Interlage für die weitere Arbeit, so ist damit der Weg zu einer Organisationsform eröffnet, die den neuen Anforderungen entspricht. In den Gewerkschaftsmitgliedern liegt es, sie zu schaffen.

Dem Breslauer Kongress werden also Fragen zur Entscheidung unterbreitet werden, die für unser deutsches Gewerkschaftsleben von großer Bedeutung sind. Von den Delegierten erwarten wir, daß sie der ihnen obliegenden, schweren und verantwortungsvollen Arbeit gewachsen sind und der Gewerkschaftsbewegung im neuveränderten Wirtschaftsleben die Maßregeln angeben. In diesem Sinne entziehen wir dem Parlament der deutschen Gewerkschaften unsern Gruß!

Verbandsfrage freier Gewerkschaften. Eine ganze Reihe größerer und kleinerer Gewerkschaften hat in diesem Jahre zum erstenmal seit der Währungsstabilisierung und den damit verbundenen Gesundungsmöglichkeiten ihre Verbandstagen abgehalten. Erwähnenswert sind die Verbandstage der Fleischer, der Steinarbeiter, der Lebensmittel- und Getreidearbeiter, der Eisenbahner, der Friseurgehilfen, der Sattler, der Maler, der graphischen Hilfsarbeiter, der Gutarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Buchbinder. Zum Teil waren diese Verbandstage zugleich Jubiläumstagen. So bei den Malern, deren Verbandstag in Dresden stattfand, wo vor 40 Jahren der Malerverband gegründet wurde. Der Zentralverband der Maler wurde gegründet wurde. Der Zentralverband der Maler wurde gegründet wurde. Der Zentralverband der Maler wurde gegründet wurde.

für die Aufhebung des Leipziger Kongressbeschlusses in dieser Frage einsehen und die Anhänger der Industriearganisationen verpflichtet werden, die Satzungen und Richtlinien des IDW einzuführen.

Der Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter verpflichtete die Delegierten zum Gewerkschaftskongress, für die Schaffung von Industrieverbänden einzutreten. Außerdem genehmigte der Verbandstag die Herstellung eines Kartellverhältnisses mit dem Eisenbahnerverband und dem Verkehrsband.

Und du sollst zahlen!

(Die christliche Doppelbesteuerung.)

Der Reichstag hat bekanntlich mit Hilfe der Zentrumsparlei die Schiebende Steuerreform angenommen. Sie sieht insgesamt eine Belastung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Bevölkerung in Höhe von 7 Milliarden Reichsmark vor und bedeutet für die Verbraucherschaft und die Arbeiterchaft eine gewaltige Neubelastung, die sich gegenüber der bisherigen Belastung wie folgt darstellt (in Millionen Reichsmark):

Besitz- und Verkehrssteuer	Wäpfer	Reisebefähigung
4104		4663
Davon:		
Bohnabzug- und Einkommensteuer	1344	1700
Körperschaftsteuer	144	300
Vermögenssteuer	376	500
Allgemeine Umsatzsteuer	1260	1380
Luftsteuer	180	120
Gesellschaftsteuer	34	30
Wertpapiersteuer	6	4
Hörsaalsteuer	150	96
Kraftfahrzeugsteuer	50	60
Vericherungssteuer	32	30
Kennwert- und Motorsteuer	45	60
Wechselsteuer	65	50
Veränderungssteuer	230	282
Einmalige Steuern	36	66
Verpfändete Bölle und Verbrauchsabgaben	1017	1435
Davon:		
Bölle	160	365
Zabaksteuer	360	580,2
Zuckersteuer	231	185
Biersteuer	126	174
Brauwettmonopol	140	150
Andere Verbrauchsabgaben	82	344

Unsere Angaben beziehen sich auf den sogenannten ordentlichen Haushalt. Er soll nach der Schiebenden Steuerreform rund 6 499 000 000 M erbringen gegen 5 240 000 000 M bisher. Dazu kommt die Belastung aus dem außerordentlichen Haushalt in Höhe von 577 000 000 Mark. Danach beträgt die Gesamtbelastung 7 076 000 000 Mark.

Wie bereits oben bemerkt, konnte die Regierung diese Neubelastung, die durchaus zu Lasten der breiten Schichten geht, nur mit Hilfe der Zentrumsparlei durchsetzen. Auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben da für gestimmt. Damit helfen sie die Lebenshaltung der breiten Massen zu betören. Was sagen die christlichen Gewerkschaften dazu?

Es ist vollbracht!

Die Zollfrage, die so leidenschaftlich die Gemüter Wochen und Monate hindurch erregt, ist unter Dach und Fach. Am 12. August, kurz nach 11 Uhr vormittags, nahmen die Regierungsparteien die Zollvorlage in einfacher Mehrheit an. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung, sie hatten bereits vorher den Saal verlassen. Die Demokraten nahmen an der Abstimmung ebenfalls nicht teil, sie waren aber im Saal geblieben. Der Reichstag hat in der größten Hölle gelangt, die Abgeordneten haben nicht wenig geschwitzt, und dies alles, um die Zoll- und Steuerangelegenheit unter Dach und Fach zu bringen, um die größte Heule, die je auf parlamentarischen Wege erhoben wurde, den Agrariern und Schwerindustrieellen vor die Füße zu legen. Die Herren hatten nicht umsonst die letzten Wahlen finanziert, sie wollten für ihr Geld etwas sehen. Sie wurden reichlich entschädigt. Das deutsche Volk muß für die Dummheit schwer büßen, daß ein so großer Teil den Klaffenfingermelodien der Rechtsparleien bei den Wahlen gefolgt ist.

Nun, da der Reichstag in Ferien geht, hat das deutsche Volk Gelegenheit, die Bilanz zu ziehen. Die Steuergeleise gingen voran. Nicht zuletzt die hinter den Regierungsparteien stehenden Industriellen haben gegen die neuerliche Belastung in Deutschland heftig protestiert. Auch bei u. Schlieben ist es so geblieben, daß das deutsche Volk das Doppelte an Steuern bezahlt als in der Vorkriegszeit. Der Gesamtbeitrag der Steuern in Deutschland wird auf 11 Milliarden Mark angegeben. Dabei hat der Reichsanwalt Luther das Jahreseinkommen des deutschen Volkes auf 25 Milliarden Mark beziffert; jeder Deutsche würde mithin 40 % seines Einkommens für Steuern aufwenden müssen. Dabei sind einige Steuern mit Höchstgehörten zu zahlen. Die Erbschaftsteuer zum Beispiel soll im neuen Steuerjahre nur 30 Millionen Mark einbringen, gegen 6 Milliarden in der Vorkriegszeit. In England erbringt die Erbschaftsteuer 1,1 Milliarden Mark. Die arbeitende Bevölkerung wird in Deutschland hart zur Delle geschlagen.

In allem dem tritt nun noch die Zollbelastung, welche von dieser Generalraubung nur, weil das Zentrum mit den Rechtsparleien darin verteilte, hohe Schutzollmauern zu errichten. Traußen feierte das Volk den Übertritt der Weimarer Verfassung, die das Zentrum mit geschäftig — draußen marschierender Zentrumsleute — es waren allerdings nur wenige — mit den andern republikanischen Parteien unter der Führung der Reichsanwaltschaften in Reich und Glied, und im Reichstag machte man im Punkte der Rechtsparleien Gehehe, die an eine Verkörperung der Verfassung grenzen. Das Zentrum kann recht und kann links, wie es gerade trifft. Im Reich ist es mit den schwarz-weiß-rotten Parteien in der Regierung und in Parteien mit den Sozialdemokraten. Rechte Hand,

linke Hand, alles verlauscht. Daraus sollte die Lehre gezogen werden, daß eine gesicherte und konsequente Politik im Sinne der Arbeiterklasse mit den bürgerlichen Parteien nicht getrieben werden kann. Das arbeitende Volk muß sich auf sich selbst und nicht auf zweifelhafte Güte von rechts verlassen. Sollte die verabschiedete Zollvorlage dieser Einsicht liberal am Durchbruch vorbeiseln, dann ist sie wenigstens nicht umsonst am parlamentarischen Leben vorübergegangen.

Die Zeiten haben sich geändert. In der Vorkriegszeit wurde um Bagatellen in Rede und Gegenrede wochenlang gekämpft. Jetzt werden die oppositionellen Parteien einfach mundtot gemacht, und eine Reifevorlage wird im Handumdrehen durchgebrückt.

In allerletzter Stunde hatten die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (ADGW, IDW, IFA und der Gewerkschaftsring, die Christen hatten sich ausgeschlossen) eine Denkschrift an die Regierung gerichtet, worin die ungeheuren Schäden für das arbeitende Volk und die Wirtschaft, die die Zollvorlage im Gefolge hat, noch einmal aufgezeigt wurden. Die Verantwortung für alle die Folgen wurde von den Gewerkschaften von vornherein abgelehnt. Doch das alles nützte nichts — man ging schließlich über alle Einwände hinweg. Agrarier und Schwerindustrieellen wollten hohe Schutzölle, und gegenüber diesen Wünschen hatte alles andere zu schweigen. Voll, ermanne dich! Denn zum Schluß bist du es, dem das Schicksal der Nation in die Hand gegeben ist.

Unternehmeranmähungen.

Die Wirtschaft, worunter die Unternehmer nur sich verstehen, hat es schwer, fürchtbar schwer. Vorbei sind die Zeiten, wo sich mit Inflationskrediten der Reichsbank mühelos Vermögen aufhäufen und Riesenvermögen aufbauen ließen; wo infolge des Kreditabwümpfens und wunderbarer niedriger Goldlöbne von einer ernsthaften Konkurskrise auf dem Weltmarkt oder gar im Inland keine Rede sein konnte. Das ist vorbei. Statt dessen verlangt man heute von der deutschen Wirtschaft, daß sie durch produktionssteigernde und kaufmännische Tüchtigkeit auf dem Weltmarkt und im Inland wettbewerbsfähig gegenüber den Auslandsrivalen bleibt. Das ist wesentlich schwerer. Da begreifen wir, wenn die „berufenen Führer“ der Wirtschaft dieser Notwendigkeit ausweichen möchten. Vielleicht ließe es sich durch Schutzölle vermeiden, „Wegeln in die Produktion zu setzen“, wie der Antifogon ford es verlangt und selber tut. Aber das geht ja selber nicht so schnell. Nur die Reichsregierung hat Verständnis für die Lage der Wirtschaft. Aber der ilken auch Arbeitervertreter am Reichstag, die die Verabschiedung der Zollgeleise niederträchtig erwidert vergessen. Wenn die Reichsregierung wenigstens noch einmal 715 Millionen erübrigen und der „Wirtschaft“ (lies: der Unternehmerschaft) zufließen könnte! Doch dieser Trüf flucht schließt sich nur einmal.

Eine Rettung gäbe es allerdings noch: Wenn die Arbeiter begreifen wollten, daß sie die „Wirtschaft“ retten können, indem sie stillfegend mitzuhelfern und täglich 12 Stunden arbeiten. Aber das ist ja das Leben: Die Arbeiter wollen nicht! Im Gegenteil: Statt der notwendigen 12 Stunden wollen sie täglich „nur“ 8 Stunden arbeiten. Statt gern und freudig zu hungern zur höheren Ehre der „Wirtschaft“ (lies immer: des Unternehmers), wollen sie sich satt essen. Außerdem glauben sie, sie müssen sich anständig kleiden und menschenwürdig wohnen. Zudem ist es auch infolge der fahlen Wähnung nicht mehr möglich, den Arbeitern ihre Löhnerhöhungen durch neue Geldentwertung zu verjagen. Ist es da ein Wunder, wenn die „Wirtschaft“ leidet, wenn große Werke stillgelegt werden müssen, wenn große Familienverdiener und Truggebilde zerbrechen nach dem Motto: „Wie gewonnen, so zerronnen“?

Es ist also ganz offensichtlich: Die „Wirtschaft“ steht vor dem Ruin! Da muß alles verjagt werden, um die Dinger zu wenden. Vielleicht lassen sich die Arbeiter doch „überzeugen“. Der Aufklärungsseidzug der Unternehmerpresse wird also verstärkt, und in diesem Steigen fähigt sich auch die Deutsche Wegewerkzeigung“ verpflichtet, den Arbeitern zu sagen, „was der Wirtschaft“ not tut“. Die Art und Weise, in der sie das tut, ist so, daß wir es uns nicht verjagen können, unsere Mitglieder mit dieser Wähnung von Kapitäl und frecher Heberheißheit befannt zu machen. Die „Wegwerkszeitung“ wendet sich insbesondere an die Adresse der christlichen Gewerkschaften. Bei den freien Gewerkschaften ist nach ihrer Meinung wahrcheinlich sowieso Hopfen und Malz verloren. Diese Meinung ist verständlich, wenn schon den christlichen Gewerkschaften der Vorwurf gemacht wird, daß sie nach der Revolution „die wechselseitigen guten Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ins Gegenteil“ verjahren und „die schaffende Hand dem schaffenden Geist“ hätten überordnen wollen. Wie gesagt, wenn das schon den christlichen Gewerkschaften gesagt werden muß, dann begreifen wir, daß die „Wegwerkszeitung“ für die Tüchtigkeit der freien Gewerkschaften keine Worte mehr findet. Eine geradezu arrogante Forderung ist es aber, wenn an anderer Stelle den Gewerkschaftsführern gesagt wird: „Sie haben rechtlich dazu beigetragen, die deutsche Wirtschaft zu Boden zu rinnen, also den Massen, deren Interessen zu vertreten sie vorgeben, ihre Daseinsmöglichkeit zu untergraben.“

„Glaubt der Kritikschreiber wirklich, damit Eindruck finden zu können? Glaubt er, die Gewerkschaftsmitglieder hätten es schon begreifen wie die Führer der Wirtschaft“ durch Selbstverjehrung und Reichsbanfkredite, mit denen sie Devisen kaufen, die Geldentwertung immer weiter treiben; wie sie selbst die Zeit des Inflationsspiegels dazu ausnutzen, um in beuteter Selbstsucht die nationale Erzeugung des Volkes lediglich zur Stärkung ihrer persönlichen Wirtschaftsmacht auszunutzen, ohne Rücksicht auf Volk und Staat? Durch solche stupiden Behauptungen wird es ihnen nicht gelingen, die Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Führer aufzubringen.

An einer anderen Stelle heißt es: „Die Verkündigungsdeed soll ins Wasser fallen, das ist die Meinung der Gewerkschaftler.“ Und im Zusammenhang damit geht es dann folgendermaßen weiter:

„Was uns not tut, liegt auf anderem Gebiete. Die grundsätzliche Wegewerkzeigung“ muß fallen, der Arbeiter muß wissen, daß im Grunde genommen seine Interessen mit den Interessen seines Arbeitgebers zusa-

menliegen. Er muß den Divestierungsgebanken fallen lassen und darf keinen Anstoß an der besseren Lebenshaltungsmöglichkeit über ihm liegender Schichten nehmen. Er muß einsehen lernen, daß bei aller rein menschlichen Gleichgültigkeit die bessere Lebenshaltung einzelner notwendig ist, daß sie sich wieder befruchtend auf das Wirtschaftselben auswirkt. Durch das Gleichgültigsteier wird der Kräftebedarf geringer, und der Arbeiter ist schließlich der Leidtragende.

So viel naiver Unsinns in so wenig Zeilen ist wirklich eine Höchstleistung. Den Gewerkschaftsführern kostet es wenig Mühe, angesichts solcher Unternehmerrisierungen die „Verkündigungsdeed“ ins Wasser fallen zu lassen. Mit so viel Dummheit und Heberheißheit wäre dann jede Verkündigungsdeed unmöglich, wenn die Gewerkschaftsführer sie wollten. Wenn der Kritikschreiber selbst einmal in drückender Sorge um den nächsten Tag kümmerlich von der Hand in den Mund gelebt hätte, würde er wohl über „die besseren Lebenshaltungsmöglichkeiten über ihm liegender Schichten“ ebenfalls anders denken, als in seinem Gewährsreiz zum Ausdruck kommt. Daß „die bessere Lebenshaltung einzelner notwendig ist“ für das Wirtschaftselben, ist mit Verlaub zu sagen, Quatsch. Wir können dem Schreiber vertreten — was er ansehnen noch nicht weiß — daß das „Gleichmachungsziel“ noch nie darauf gerichtet war, die Wirtschaft mit besserer Lebenshaltung auf das „Spiegelbild des Proletariats herabzugleiten, sondern darauf, die Arbeiterschaft auf eine höhere Lebenshaltungsstufe zu heben. Der Kräftebedarf kann also durch das „Gleichmachungsziel“ nicht geringer, sondern nur größer werden.

Wir wollen es genug sein lassen mit diesen Proben. Nur eine Auerberung sei noch festgehalten, die uns als die einzig vernünftige in dem ganzen Gewährsreiz erscheint: „Es ist leicht zu begreifen, daß die Leistungsfähigkeit des einzelnen mit seinem Interesse an der Arbeit zu und abnimmt“. Wir lesen hinzu, daß das Interesse an der Arbeit im gleichen Maße zu und abnimmt, wie die Arbeit dem Arbeiter eine auskömmliche und sichere Existenz gewährt. Solange die „Führer der Wirtschaft“ diese einfache Tatsache nicht befruchtend, werden alle ihre hochtrabenden Behauptungen fruchtlos bleiben, ihre Verkündigungsdeed werden dann als angehängel werden, was sie sind: als Gimpelgang.

Unternehmerantwort auf die Denkschrift der Gewerkschaften.

Die Denkschrift der gewerkschaftlichen Spitzenverbände an die Reichsregierung scheint den Unternehmern schwer in die Glieder gefahren zu sein. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände berichtet jetzt eine Erwiderung, die die Darlegungen der Gewerkschaften zu entkräften sucht. Diese Entgegnung bleibt sehr an Oberflächlichkeiten haften; wo sie sich inhaltlich dem Wesentlichen widersetzen sollte, gipfelt sie mit einem eleganten Schlußstrich hin.

Der erste Punkt der Antwort der Unternehmerverbände bezieht sich auf die Forderung der Gewerkschaften: „Zusammenfassung der Arbeitgeberverbände ins Volk und legte der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Gebanke und Schriftfolgerungen unter, die diese niemals vertreten hat. Die Eingabe der Vereinigung verlangt weder einen Lohnabbau, noch generellen Verzicht auf weitere Löhnerhöhungen, noch dauernden Verzicht auf den Achtungsbau. Obenonem ist von einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitsbedingungen die Rede. Die Unterstellung, das Ziel der Politik der Vereinigung sei ein Zersplittern der Arbeitsbedingungen, weisen wir entschieden zurück.“

Dies sind, kein Engel ist so rein! So könnte man ausreifen. Die Unternehmer haben also noch keinen Lohnabbau verlangt! Weßhalb denn da die Ausperrung im Baugewerbe? Doch wohl in der Hauptsache, weil den Herren die Löhne der Bauarbeiter zu „hoch“ erschienen. Die Großindustrie legte doch die Bauten still, weil sie die Bauarbeiter zwingen wollte, zu den niedrigen Löhnen der Großindustrie zu arbeiten. Und wesentliche Teile der Unternehmerrichterschaft an die Regierung befruchteten sich doch wohl mit den „hohen“ Löhnen, wobei man sich zu der Behauptung verstieg, die Löhne in Deutschland lägen 60 bis 100 % über denen der Vorkriegszeit! Auf Gasen und Märkten, in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen klagte und jeterete man über die „hohen“ Löhne der deutschen Arbeiterchaft. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände fordert von den Arbeitern Verzicht auf weitere Löhnerhöhungen und Einwilligung in eine Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere auf abschbare Zeit hinaus Verzicht auf den Achtungsbau. . . Die Gewerkschaften sollen unter Verzicht auf weitere Löhnerhöhungen die derzeitigen oder gar noch zu reduzierenden Arbeitsbedingungen, durch langfristige Arbeitsstätte festlegen.“ Am 12. Mai schrieb die Unternehmer in ihrer Denkschrift an die Regierung: „Von der längeren Arbeitszeit der derzeitigen Lebensstandard des deutschen Volkes, an Lohn, Preis und Kaufkraft gemessen, wesentlich abhängig.“ Aber am 1. August wird behauptet, daß von einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitsbedingungen nie die Rede gewesen sei! Da weiß ein gewöhnlicher Sterblicher allerdings nicht, ob er die Antwort der Unternehmer als ernst oder als ein Verlegenheitsgattammel auffassen soll.

Doch die Antwort der Unternehmer widerlegt sich selbst. Im Punkt 4 wird das, was die Gewerkschaften behaupteten, nämlich, die Unternehmer streben eine Verkürzung der Arbeitszeit an, rund und nicht befruchtigt: „Die Unternehmerrichterschaft fordert die längere Arbeitszeit nur da, wo sie tatsächlich eine größere Produktion unter dem Gesichtspunkt des optimalen Arbeitszustandes gewährt.“ Na also! Die Verkürzung der Arbeitszeit — ganz gleich unter welchen Bedingungen — würde also gefordert. Die gegenwärtigen Angriffe der Unternehmer dreßen sich ebenfalls im wesentlichen um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Behauptung der Gewerkschaften, daß die Unternehmer die Rationalisierung der Produktion nicht genügend befruchtigt zu treiben und die Verbesserung der Technik nicht durchzuführen vermöchten, soll mit folgender Behauptung zurückgewiesen werden: „Dieser Weg wird von der Unternehmerrichterschaft aus eigener Initiative und schon im eigenen

Interesse, wo nur möglich, geschritten, und es muß überdies die Behauptung einer allgemeinen technischen Minderfähigkeit der deutschen Industrie als absolut unzutreffend auf das entscheidendste bestritten werden.

Wesentlich der sozialen Belastung wird die fastam bekannte Behauptung von den 2700 Millionen Soziallasten wiederholt, ohne die Grundlage einer solchen Berechnung anzugeben oder hinzuzufügen, daß in dieser Summe ein sehr großer Teil von den Arbeitern und Angestellten geleistet wird.

Am Schluß wird wieder der Unternehmer, der gern alle Lasten des verlorenen Krieges auf sich nimmt, herausgeholt. Man höre: „Der Unternehmer fällt es nicht ein, der Arbeiterfall zugunsten, daß sie allein die Lasten auf sich nehmen soll, die der verlorenen Krieg, verfehlte Nachkriegspolitik und Inflation dem ganzen Volke auferlegt haben.“

Der Stellungskrieg der Denkweisen fällt wider von einer neuen Offensive der Unternehmer. Doch ist es kein reich-tümlicher Kampf; das Ganze mutet vielmehr als ein Mißgeschick an. Sollen wir uns darüber noch weiter aufregen? Weshalb wir alle in die Arbeit, indem wir die Organisationen der Gewerkschaften ausbauen, damit wir zu neuen Waffengängen außerhalb der Kampfbühne der Denkweisen gerüstet sind.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 3. August 1925.

Table with columns for Gewerkschaft, Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Arbeitslosen, etc. Lists various trade unions and their statistics.

Die Arbeitslosigkeit steigt nach dem Ergebnis der Feststellungserhebung vom 3. August weiter. Erfasst wurden 39194 Mitglieder; davon waren arbeitslos 12225. Das sind 31,2% vom Mitgliederstand gegen 37,8 am 27. Juli.

Erneute zentrale Verhandlungen im Baugewerbe?

Der Reichsarbeitsminister hat zu Freitag, 21. August, nachm. 2 Uhr, die Parteien zu einer erneuten Verhandlung geladen. Ueber das Ergebnis kam erst in nächster Nummer des „Grundstein“ berichtet werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Männer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Am Streik oder ausgesetzt sind die Kollegen in Berlin, Bad Nauheim, Cassel, Crefeld (Sperre über Hiltenswerth), Hof, Zeitzberg (die Firma Koch, Strich & Müller G. m. b. H.), Stuttgart (Steinhauer).

Das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist für die Bauarbeiter aller Fachgruppen gesperrt. Zugang ist strengstens ferngehalten.

Angespart sind die Bauarbeiter in Ober-, Mittel- und Niederbayern sowie in der Vorprovinz. Der Zugang von Angehörigen aller Fachgruppen ist ferngehalten. Angespart sind die Bauarbeiter in Mecklenburg, im Freistaat Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Anhalt.

Wälder: Gestreikt wird in Pforzheim. Stukkature: Gestreikt wird in Berlin, Freiburg i. V., Ravensburg und Sigen. Töpfer: Gestreikt ist für Dörfelher Stargard i. P., Stolp i. P. und Straßfurt (Firma Franz Winterfeldt). In Celle streiken die Dörfelher und in Elmzig die Scheibentöpfer. Steiniger: Gestreikt wird in Plauen i. Vogtl.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Nürnberg. (Bezirksstag.) Am Einberufungstag dem Bundesvorstand berufen wir unser diesjährigen Bezirksstag am Sonntag, 27. September, nach Nürnberg ein. Tagungslokal „Stadthausbau“, in der Nähe des Marientores, 2 Minuten vom Bahnhof entfernt. Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksvorstandes, 2. Lohn- und Tariffragen, 3. Bericht vom Gewerkschaftskongreß, 4. Anträge und Wahl des Bezirksvorstandes.

Bezirk Königsberg. (Bezirksstag.) Der Bezirk Königsberg hielt am 2. August in Königsberg seinen Bezirksstag ab. Es waren anwesend 45 Vertreter der Baugewerkschaften, die 6 Mitglieder des Bezirksvorstandes und Kollege Raepow als Vertreter des Bundesvorstandes. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Riese.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 3. August 1925. (Continuation of the table data)

Table with columns for Gewerkschaft, Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Arbeitslosen, etc. Lists various trade unions and their statistics.

Die Arbeitslosigkeit steigt nach dem Ergebnis der Feststellungserhebung vom 3. August weiter. Erfasst wurden 39194 Mitglieder; davon waren arbeitslos 12225. Das sind 31,2% vom Mitgliederstand gegen 37,8 am 27. Juli.

Erneute zentrale Verhandlungen im Baugewerbe?

Der Reichsarbeitsminister hat zu Freitag, 21. August, nachm. 2 Uhr, die Parteien zu einer erneuten Verhandlung geladen. Ueber das Ergebnis kam erst in nächster Nummer des „Grundstein“ berichtet werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Männer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Am Streik oder ausgesetzt sind die Kollegen in Berlin, Bad Nauheim, Cassel, Crefeld (Sperre über Hiltenswerth), Hof, Zeitzberg (die Firma Koch, Strich & Müller G. m. b. H.), Stuttgart (Steinhauer).

Das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist für die Bauarbeiter aller Fachgruppen gesperrt. Zugang ist strengstens ferngehalten.

Angespart sind die Bauarbeiter in Ober-, Mittel- und Niederbayern sowie in der Vorprovinz. Der Zugang von Angehörigen aller Fachgruppen ist ferngehalten. Angespart sind die Bauarbeiter in Mecklenburg, im Freistaat Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Anhalt.

Wälder: Gestreikt wird in Pforzheim. Stukkature: Gestreikt wird in Berlin, Freiburg i. V., Ravensburg und Sigen. Töpfer: Gestreikt ist für Dörfelher Stargard i. P., Stolp i. P. und Straßfurt (Firma Franz Winterfeldt). In Celle streiken die Dörfelher und in Elmzig die Scheibentöpfer. Steiniger: Gestreikt wird in Plauen i. Vogtl.

Aus den Baugewerkschaften.

Hamburg. In seinem der Bezirksverbanden in Hamburg am 12. August erstatteten Geschäftsbericht gab Kollege Men herbor, daß das 2. Quartier 1925 im Vergleich zum 1. Quartier ein gutes Ergebnis aufzuweisen hat. Von der allgemeinen Arbeitslosigkeit in den Monaten April und Mai waren 1925 1000 Arbeiter betroffen. 32514 M. waren für Unterhaltung einkaufsfähig.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 3. August 1925. (Continuation of the table data)

Table with columns for Gewerkschaft, Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Arbeitslosen, etc. Lists various trade unions and their statistics.

Die Arbeitslosigkeit steigt nach dem Ergebnis der Feststellungserhebung vom 3. August weiter. Erfasst wurden 39194 Mitglieder; davon waren arbeitslos 12225. Das sind 31,2% vom Mitgliederstand gegen 37,8 am 27. Juli.

Erneute zentrale Verhandlungen im Baugewerbe?

Der Reichsarbeitsminister hat zu Freitag, 21. August, nachm. 2 Uhr, die Parteien zu einer erneuten Verhandlung geladen. Ueber das Ergebnis kam erst in nächster Nummer des „Grundstein“ berichtet werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Männer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Am Streik oder ausgesetzt sind die Kollegen in Berlin, Bad Nauheim, Cassel, Crefeld (Sperre über Hiltenswerth), Hof, Zeitzberg (die Firma Koch, Strich & Müller G. m. b. H.), Stuttgart (Steinhauer).

Das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist für die Bauarbeiter aller Fachgruppen gesperrt. Zugang ist strengstens ferngehalten.

Angespart sind die Bauarbeiter in Ober-, Mittel- und Niederbayern sowie in der Vorprovinz. Der Zugang von Angehörigen aller Fachgruppen ist ferngehalten. Angespart sind die Bauarbeiter in Mecklenburg, im Freistaat Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Anhalt.

Wälder: Gestreikt wird in Pforzheim. Stukkature: Gestreikt wird in Berlin, Freiburg i. V., Ravensburg und Sigen. Töpfer: Gestreikt ist für Dörfelher Stargard i. P., Stolp i. P. und Straßfurt (Firma Franz Winterfeldt). In Celle streiken die Dörfelher und in Elmzig die Scheibentöpfer. Steiniger: Gestreikt wird in Plauen i. Vogtl.

mittigeld von 5 und 10 M erhoben. Die Entschädigung für verkaufte Streitmarken beträgt je Marke 10 M... Der Antrag der Revisionen auf Entlassung des Kläfers wurde einstimmig angenommen.

Die Firma Wieje & Peterfen hat 10 bis 15 Maurer. Zu meisten beim Polier auf der Baustelle in Elbenburg in Potsdam.

Aus den Sachgruppen. Bau-Werkmeister.

Ziniges zu den Tarifverträgen. Bereits des öftern haben wir nachgehoben, daß die Unternehmerverbände die Reichstariifverträge für Polierer und Schachtmeister nur zu dem Zweck abgeschlossen haben, um die Bau-Werkmeisterorganisation zu gespalteten. Ferner ist es den Unternehmern darum zu tun, in den Kämpfen mit der Bauarbeitergewerkschaft keine an die Arbeitsplätze zu setzen, die ihnen die notwendigen Arbeiten verrichten.

Petersversammlung in Jena! Unter dieser Ueberschrift erschien in der Nummer 30 der Zeitung des Deutschen Polierbundes ein Versammlungsbericht. Wir sind es von den Berichterstattern des Polierbundes gewohnt, sinnentstellende Behauptungen zu lesen, darum nehmen wir grundständig keine Veranlassung zur Mitteilung.

Zum Schluß sagt dann der Berichterstatter noch: „Kollegen in Stadt und Land, denkt über diesen weifen Ausdruck nach und zieht Eure Schluß!“. Der letzte Satz zeigt zu auffällig, was mit solch sinnentstellenden Ausführungen beabsichtigt werden soll. Wie lauteten die Ausführungen aber in Wirklichkeit? Kollege Peters sagte: „Gegner unserer Reichstariifgruppe behaupten immer wieder, der Metallarbeiterverband und andere beanpruchen den Werkmeister nicht für ihre Organisation. Das ist richtig, aber da liegen die Dinge auch ganz anders als bei uns. Die Werkmeister der Industrie absolvieren mit wenigen Ausnahmen die sogenannten Werkmeisterkursen, und wenn sie Einstellung als Werkmeister gefunden haben, dann bleiben sie gewöhnlich dauernd als solche tätig. Man kann annehmen, daß dies für mindestens 80% zutrifft. Dadurch wird der Werkmeister wenig in organisatorische Verührung mit den Arbeitern gebracht. Für den Polier bestehen keine besonderen Schulen. Die übergroße Zahl bildet sich aus den Gesellen heraus. Er hat auch nicht die Gewöhne, dauernd als Polier tätig zu sein, sondern wechselt seine Poliertätigkeit mit der des erlernten Berufes. Es können höchstens 20% der Polierer von sich behaupten, dauernd als solche tätig zu sein. Der gewerkschaftlich denkende Polier tut deshalb gut, seine Organisationszugehörigkeit nicht zu wechseln und dort Mitglied zu bleiben, wo seine Interessen in jeder Beziehung wie als Geselle, so auch als Polier vertreten werden. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und was das nicht einleuchtet, sondern nur die Verhältnisse bei den Polierern so sieht, wie sie seiner Ansicht nach sein müßten, dem ist nicht zu helfen. Der Berichterstatter sagt dann weiter noch, Peters habe gesagt: „Der Kampf zwischen Bauarbeitergewerkschaft und den Polierern wird kommen, die Maurer und Zimmerer haben ein Recht, über die Polierer mitzureden; denn sie machen denselben die Löhne.“ Es ist den Kollegen Peters gar nicht eingefallen, sich so zu äußern, da er immer und bei allen Gelegenheiten auf die Notwendigkeit eines Hand-in-Handarbeitens der Bau-Werkmeister mit der Bauarbeitergewerkschaft hinweist. Wichtig ist allerdings, daß er gesagt hat: „Die Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer schaffen die Grundlage für die Löhne- und Arbeitsbedingungen der Bau-Werkmeister und bringen die schmerzlichen Opfer in den Kämpfen, wogegen die Bau-Werkmeister, ohne besondere Opfer zu bringen, in den meisten Fällen an den Erfolgen teilnehmen. Man wird es den Bauarbeitern daher nicht verwehren können, wenn sie gegen Bau-Werkmeister, die den Bauarbeitergewerkschaft die Bauarbeitergewerkschaft systematisch bekämpfen, einmal etwas deutlicher werden.“ Wir raten dem Berichterstatter, bei wiederkehrender Gelegenheit die Ohren etwas weiter zu öffnen und das Gehörte so wiederzugeben, wie es gesagt ist; denn durch solche sinnentstellende Uebersetzungen werden die Gegenparteien nicht überdrückt, sondern nur größer.

Bezirkskonferenz in Bremen. Zu der am 2. August abgehaltenen Konferenz hatten 7 Bauarbeitergewerkschaften 13 Vertreter entsandt. Der Bezirksverband war durch die Kollegen Lantknecht und Berg, der Bundesverband durch den Kollegen Peters vertreten. Von den größeren Bauarbeitergewerkschaften waren Leer, Nordenham, Werben, Babel und Osnabrück nicht vertreten. Kollegen Peters berichtete über den Stand der Bau-Werkmeisterbewegung. Von 14 000 Polierern und Schachtmeistern gehörten nach der letzten Statistik über 6800 Kollegen dem Deutschen Bauarbeitergewerkschaft an. Diese Tatsachen werden die Unternehmer zwingen, uns beim Schluß des Reichstariifvertrages als Vertragsträger anzuerkennen. Wir müssen versuchen, die gesamten Kollegen für unsere Bau-Werkmeisterbewegung zu gewinnen. Unsere Kollegen müssen aber auch Hand in Hand mit den Bauarbeitern arbeiten und diesen klar machen, daß die Polierer und Schachtmeister gleichwertige Glieder des Ganzen sind. Poliergewerkschaften und Bauarbeitergewerkschaften gehören gleichfalls zu unserer Sachgruppe. In der Aussprache fanden diese Darlegungen allgemeine Zustimmung. Beschlossen wurde, das Material des Kollegen Peters durch den Bezirksvorsitzenden der Bauarbeitergewerkschaften zu übermitteln als Hilfe für die Werberarbeit. Kollege Peters erklärte dann die Bestimmungen des Reichstariifvertrages. Bei einem Neuaufschluß ist auf ihre Verbesserung hinzuwirken.

Zuerungs- und Schornsteinmaurer.

Wichtiges Gewerbegerichts-Urteil. Ein Urteil, das für unsere Schlossermaurer von erheblichem Wert ist, fällt das Gewerbegericht in Dortmund am 9. Juli 1925. Folgendes Darzulegen wurde festgestellt: Der Kläger hat auf Befehl des Dorfschulzen, Schachtel, in Diensten der Beklagten vom 26. Januar bis 31. März dieses Jahres Schlosser repariert und für 488 Arbeitsstunden den normalen Tariflohn von 88 S für die Stunde gleich 429,44 M erhalten. Er beantragt, gestellt auf den Tarifvertrag für feuerungstechnische Arbeiten vom 14. August 1924 mit der Behauptung, es habe sich um Arbeiten an einzelnen zu reparierenden Defekten von in Betrieb befindlichen Batterien ohne Kalkulation um mehr als 5 Defekte gehandelt, 25% Zuschlag gleich 107,86 M und beantragt, die Beklagte zur Rückzahlung dieses Betrages zu verurteilen. Die Beklagte beantragt Abweisung. Sie bestreitet, daß nur 5 Defekte „tauglichgestellt“ gewesen seien. Sie hierzu benommenen Zeugen, Oberassistent Holzbrünnel und Dischneralter Kalinowski, haben ausgesagt: es seien in der fraglichen Zeit stets 4 bis 5 neben einander stehende Defekte ausgedrückt und repariert worden. Die Defekte links und rechts von den zu reparierenden Defekten seien zwar während der Reparaturarbeiten gestiftet gewesen, aber nur insoweit gestiftet worden, als es habe geheißen müssen, damit die weiter folgenden im vollen Betrieb befindlichen Defekte der Batterie die zur Kostgeseinnung notwendige Temperatur hätten halten können; zur Kostgeseinnung seien die Mittelflöße wegen der für sie selbst unzureichenden Beheizung nicht tauglich gewesen. Der zum Gutachter bestellte Mittelfloß Zeinowach in Dortmund ist davon ausgegangen, daß die Mittelflöße überhaupt nicht beheizt gewesen seien. Er kommt zu dem Ergebnis, daß stets mindestens 5 Defekte „tauglichgestellt“ gewesen seien. Es kam zu folgender Entscheidung: Die Beklagte fällt in den tarifvertraglichen Pflichten außer den Tarifvertrag aus, soweit die reparierten Defekte außer den Tarifvertrag ausfällt — auch unter den allgemeinen Bestimmungen des Reichstariifvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 14. August

1924. Nach C. Biffer 8 f dieses Vertrages aber ist der Klagenanspruch begründet, wenn nicht mehr als 5 Defekte während der Ausführung der Reparaturarbeiten „tauglichgestellt“ gewesen sind. Für die Beurteilung dieser Frage muß das Gutachten Steinowachs völlig ausreichen, da es auf der durch die Zeugenausagen widerlegten Voraussetzung fußt, daß die Mittelflöße überhaupt nicht beheizt gewesen sind. Das Gewerbegericht erwidert den Beweggrund für die tarifliche Festsetzung des fraglichen Zuschlages in der erhöhten körperlichen Anstrengung, die das Arbeiten in den Schlosserlöfen, selbst nachdem diese ausgedrückt und bis zu einem gewissen Grade abgehilt sind, wegen der großen Hitze erfordert; erst wenn mehr als 5 Defekte neben einander „tauglichgestellt“ sind, wird die Hitze als für die Reparaturarbeiten so erträglich angesehen, daß es einer besonderen Vergütung nicht mehr bedarf. Hierzu ausgehend, hält es das Gewerbegericht im Gegenjah zu der Auffassung der Beklagten für unerheblich, wie viele Defekte zu gewisser Zeit keinen Noths geliefert hätten. Es kommt vielmehr lediglich darauf an, ob der Beschäftigte nicht beheizte Schlosserlöfen mehr als 5 Defekte umfaßt hat. Das aber ist, da die Mittelflöße immerhin teilweise beheizt gewesen sind, nach den Zeugenaussagen nicht der Fall gewesen. Die Klage mußte deshalb Erfolg haben. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Selbständige Schornsteinbauer. (Fortsetzung des Berichtes über den Betrieb des Gustav Westfeld, Bremen, Oberstr. 11/13.)

Glafer.

Die Bewegung der Studentenlöhe im Glasergewerbe. Um unseren Kollegen einen Heberblick über die Gestaltung der Studentenlöhe im Glasergewerbe zu geben, unterbreiten wir ihnen nachfolgende eine Zusammenstellung aus 60 Städten, von früherer Zeitstellen unseres Verbandes zusammengestellt waren. Jetzt sind in den meisten der genannten Orts-Glafergruppen des Bauarbeiterbundes vorhanden. Die Beststellungen erstrecken sich über die Jahre 1910, 1914 und 1925, wobei jeweils die im Juni geltenden Löhne festgelegt sind. Obwohl die Zusammenstellungen gabelmäßig freigelegene Löhne aufweist, ist die Verteuerung der Lebenshaltung damit doch nicht ausgeschlossen. Die Kollegen spüren das Mißverhältnis zwischen Arbeitseinkommen und Lebenskosten schmerzhaft am eigenen Leibe. Bedenken wir noch, daß ein großer Teil unserer Kollegen wochenlang, ja sogar Monate arbeitslos ist, wodurch ihr Jahreseinkommen wesentlich verringert wird und in gar keinem Verhältnis zu den hohen Preisen aller Bedarfsartikel steht, kann sich jeder denkende Mensch ein ungefähres Bild von dem Elend der Arbeiterfamilien machen. Die gabelmäßige Lohnherabsetzung in einem eiffrigen Zeitraum hat keine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, sondern eine wesentliche Verschlechterung gebracht; denn außer der Verteuerung der Kleidung und Lebensmitteln muß der Lohnabzug für Steuern uho. in Betracht gezogen werden. Kommt nun noch die Zollverderbörage der Glasergewerkschaft und Arbeiterkreise zur Durchführung, so ist die arbeitende Klasse vollends der Verelendung ausgeliefert. Daß sich die Arbeitergewerkschaft gegen solche Gemalthe der Reichstariifkommission, sollte je zum denkenden Kollegen einschließen. Wir richten deshalb an alle uns noch fernstehenden Kollegen die ernste Mahnung: Schließt Euch der Sachgruppe der Glafer an, werdet Mitglied des Deutschen Bauarbeiterbundes!

Studentenlohn in Pfennigen

Table with 3 columns: Stadt, Monat Juni 1910/1914/1925, Lohn in Pfennigen. Includes cities like München, Altona, Krefeld, etc.

Altenburg i. Th. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der auf die bestehenden Löhne eine Zulage von 5 S vorzusch, wurde von den Glasern anerkannt abgelehnt. Durch auswärtige Konkurrenz hatte sich die heutige tatsächliche Lohnlage fast halbiert, weshalb wir uns mit einer Zulage von 3 S beschließen mußten. Der Spitzenlohn betrug vom 16. Juli an 98 S die Stunde.

Hofheim i. B. Seit dem 5. Juni befinden wir uns im Kampfe um den Abschluß eines Tarifvertrages, jedoch sind bisher alle Verhandlungen an der Zartfährigkeit der Verhandlungsführer gescheitert, weil sie nur den Wert der Zündindustrie mit den niedrigen Löhnen anerkennen wollen. Von dem Schlichtungsausschuss ist ein Schiedsspruch, wonach der im Jahre 1925 zwischen Bauarbeitergewerkschaft und freien Glasern abgeschlossene Vertrag weiter bestehen soll, haben die Herren abgelehnt. Verstärkt zu ihrem Vorgehen werden die Zünfter noch durch das Verhalten solcher Auslöser, die sich zu „Geschäftsführern“ haben anwerben lassen und dadurch zu Vertretern an

unserer gerechten Sache geworden sind. Wir haben bei der Bundesleitung den Ausschluß der Gaiser Karl Bertel, Otto Fuß, Fritz Kull und Karl Seeger beantragt. Als...

Josierer.

Mannheim-Ludwigshafen. In unserer Fachgruppenversammlung vom 2. August wurde in der Hauptsache die...

Tiefbauarbeiter.

Sitzung des Hauptbetriebrats im Reichsverkehrsministerium, Abteilung für Wasserstraßen, Luft- und Kraft...

Töpfer und Fliesenleger.

Freizeitamt Sachsen. Vom 1. August bis zum 30. September dieses Jahres gelten für die Fliesenleger nach...

Lohnbezirk Meiningen-Weiffen. Die bisherige Lohnvereinbarung ist gekündigt und läuft am 1. September ab.

Lohnbezirk Schleiswig-Vollstein. Die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen sind gekündigt.

Dresdener Eisen- und Stahlwerke. Der Antrag der Arbeiter auf eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 %...

Stralsund. Zu unserer Mitteilung in der Nummer 34 des 'Grundstein' über den Dörschener Unternehmer Franz Winterfeld wegen seiner Nahrungsgewährung von 25 %...

Jungen Dörschener auf Rute und glatt Altkleid fast ein G. Wälsch...

Zweiterer lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

Dörschener lediger Töpfer auf Staat und Altkleid fast Gustav Schreiber, Händlershof bei Wittenberg, Stadt Halle a. d. S.

kann man zudem ohne Mühe feststellen, welche Zeitungen den Abonnenten verwendet werden sind. Der Hauptpapierbedarf scheint jedoch durch zerrissene Zement-Papier...

Allgemeine Rundschau.

Berufliche Fortbildung in Hamburg. Strebenden Hamburger Maurern ist Gelegenheit gegeben, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden...

Das 'Existenzminimum' eines Landbauarbeiters. Wenn Arbeiter, Angestellte und Beamte durch die Not gezwungen werden, Lohn- und Gehaltsforderungen zu verlangen...

Wom Bau.

Braunschweig. (Schwerer Unglücksfall.) Am 18. August, kurz vor 9 Uhr, fing der Schenkenbauern...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Woh. (Werna) (Schlaglichter) Bauarbeiter (Sch.). Wie wenig sich die Unternehmer, wenn nicht gezwungen...

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hält vom 13. bis zum 30. September in Essen eine Neise...

Bücher und Schriften.

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Das Problem des Wohnungsbedarfes, von Albert R. ... Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene...

Im Nr. 30. Das Buch führt den revolutionären Einfluss der Naturwissenschaften...

Für die Woche vom 23. bis 29. August ist der 35. Bundesbeitrag für 1925 und der 4. Streifbeitrag zu zahlen.

- Belzig 250, Benzen 100, Berchtesgaden 200, Baiersbrunn 90...

Die Geschichte einer armen Johanna... Die Geschichte einer armen Johanna...

Bekanntmachung des Bundesvorstandes... Als Abgeordneter unseres Bundes zum 12. Gewerkschafts...

- Zer erste Mann ist der des Abgeordneten... Königsherg: Fr. Kriese, Paul Kraschewski...

Vom 11. bis 17. August haben folgende Bauvereins... schäften Gelder an die Hauptkasse geleistet...

Stade 565, Sondershausen 380, Schwebdingen 185, Salzwedel 469...

In der Dultzeit in der Nr. 33 muß es bei Banzlau 1000 statt 8500 heißen.

Sterbetafel. Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder: Braunshweig, Rich. Köhlig, Schenckelauer, 89 J.

Verbandhaus Fris Ulrich. Mechanische Werkstatt und Sportkleider-Gabriet Altona u. Hamburg...

M. Mosberg, Siedelfeld. Arbeitsgarverarbeiten - Berufsausbildung. Ein einfaches wunderbares Mittel...

Musik-Edamer. Instrumente für Orchester, Schule, Haus. wählst das Beste...

Herbaria Kräuterparadies, Philippsburg 304 (Baden). Gallensteine, Blasen- und Nierenleiden, Von Würmern befreit, Arterienverkalkung.

Berlin: Deutscher Bauergewerksbund (Fris Paepfow). Verantwortlicher Schriftleiter: Arthur Schmit.